

Rückblick 2011: Ökolandbau als »Gold-Standard«

von Minou Yussefi-Menzler und Benjamin Thober

Im Jahr 2011 gab es wieder zahlreiche Entwicklungen und Impulse in der Bio-Branche. Neue Initiativen haben sich gegründet, vieles wurde angestoßen, Wachstum wohin man schaut. Aber: ein klares Bekenntnis der Regierung zum Ökolandbau fehlt. Sie steht auf der Bremse. Wenn gleich das Potenzial vorhanden wäre, verhindern die politischen Rahmenbedingungen, dass noch mehr deutsche Landwirte auf Ökolandbau umstellen. Die Förderung des Ökologischen Landbaus in Deutschland ist zwischen 2004 und 2009 um elf Prozent gesunken.

Ebenso dramatisch: Die Bundesregierung hat alle Empfehlungen des Rates für Nachhaltige Entwicklung (RNE) zur Förderung des Ökolandbaus abgelehnt! Der Rat hatte der Bundesregierung Vorschläge unterbreitet, wie sie ihr in der Nachhaltigkeitsstrategie festgeschriebenes Ziel erreichen könne, den Ökolandbau von derzeit knapp sechs auf 20 Prozent auszuweiten.¹ Der Ökolandbau sei im Vergleich zur konventionellen Landwirtschaft besser geeignet, »die ungelösten Aufgaben der Welternährung, Lebensmittelsicherheit und Wettbewerbsfähigkeit« zu meistern. Auch bei den Themen Klimawandel oder biologische Vielfalt sieht der Rat den Biolandbau wesentlich besser aufgestellt. Der Nachhaltigkeitsrat sieht unter den aktuellen Rahmenbedingungen den Ökolandbau benachteiligt. Agrarstrukturelle Entwicklungen führten zu einem intensiven Wettbewerb um den Produktionsfaktor Boden, der den Ökobereich benachteilige – beispielsweise weil es für Bauern lukrativer ist, Biogas zu erzeugen. Grundsätzlich fordern die Ratsmitglieder »eine grundlegend andere Architektur der Politik für Landwirtschaft und ländliche Räume«. Sie müsse den Ökolandbau als »Gold-Standard« für das Leitbild einer nachhaltigen Landwirtschaft etablieren.² Dies entspräche auch der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und sei nur mit einer drastischen Steigerung der Forschung für den Ökolandbau durch die Bundesregierung in Höhe von 20 Prozent der Gelder für Agrarforschung zu erreichen. Das wären rund 80 Millionen Euro, ein Vielfaches des heutigen Volumens für die Öko-Forschung. Insbesondere in die Erforschung neuer Technologien sowie in die Zucht spezieller, für den Biolandbau geeigneter Pflanzen müsse viel mehr Geld als bisher gesteckt werden.

Als Begründung für die Ablehnung der Vorschläge führte der Parlamentarische Staatssekretär Peter Bleser an, dass der Ökolandbau hinsichtlich seiner Wirkungen beim Klima- und Gewässerschutz sowie bei der Sicherung der biologischen Vielfalt und der Bodenfruchtbarkeit keine nennenswerten Vorteile gegenüber dem konventionellen Landbau aufweise. Mit diesem Urteil widerspricht das Ministerium jedoch den einschlägigen wissenschaftlichen und politischen Erkenntnissen der vergangenen Jahre.³

**Nachhaltigkeitsrat
favorisiert
Ökolandbau ...**

**... und fordert
mehr Geld
für Öko-Forschung**

Flächen- und Betriebsentwicklung

Umso erfreulicher ist es, dass der Ökolandbau auch im Jahr 2011 in vielerlei Hinsicht gewachsen ist: Die Biofläche in Hektar hat bereits die Millionengrenze überschritten! In Deutschland wuchs die ökologisch bewirtschaftete Fläche 2010 um 4,6 Prozent (Vorjahr 4,3 Prozent) und die Zahl der ökologisch wirtschaftenden landwirtschaftlichen Betriebe hat sich um 4,3 Prozent (Vorjahr 6,2 Prozent) erhöht.⁴ Ende 2010 wurden in Deutschland 990 702 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche von insgesamt 21 942 Betrieben nach den europäischen Regeln des Ökologischen Landbaus bewirtschaftet.

Millionengrenze überschritten

Die Zahl der landwirtschaftlichen Öko-Betriebe nahm damit gegenüber dem Vorjahr um 895 und die Fläche um 43 588 Hektar zu. Der Anteil an der Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe beträgt im Jahr 2010 7,3 Prozent (Vorjahr 5,6 Prozent), der an der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche 5,9 Prozent (Vorjahr 5,6 Prozent). Damit sind im Ökologischen Landbau erneut die soliden Wachstumsraten der Vorjahre bestätigt worden.

Auch bei den verarbeitenden Betrieben im Bio-Sektor ist eine Zunahme zu verzeichnen. Mit 7703 waren im Jahr 2010 4,5 Prozent mehr Betriebe in der Verarbeitung von Öko-Produkten tätig als 2009. Während die Anzahl der Importeure etwa auf Vorjahresniveau liegt, hat die Anzahl der Betriebe, die Bio-Erzeugnisse sowohl verarbeiten als auch importieren um 6,7 Prozent zugenommen. Reine Handelsunternehmen verzeichnen einen Zuwachs von acht Prozent.

Bio-Markt: Deutschland europaweit vorn, aber hohe Importrate

Der Absatz (ohne Genussmittel und Außer-Haus-Verpflegung) von Lebensmitteln aus ökologischem Anbau am gesamten Umsatz mit Lebensmitteln in Deutschland erhöhte sich von 1,48 Milliarden Euro im Jahr 1997 auf geschätzte 5,9 Milliarden Euro im Jahr 2010, was 3,4 Prozent des gesamten Lebensmittelmarktes entspricht.⁵ Im Vergleich zum Vorjahr ist dies jedoch kaum eine Veränderung, wobei das Wachstumspotenzial nach Einschätzung von Experten weiterhin enorm ist. Für das Jahr 2011 zeichnet sich wieder ein starkes Wachstum von weit über fünf Prozent ab.

Deutschland: größter Absatzmarkt und größter Produzent ...

Auch in anderen europäischen Ländern kommt Bio voran. Hier gibt es jedoch ein deutliches West-Ost-Gefälle. Deutschland ist der größte Bio-Markt in der EU, gefolgt von Frankreich mit jährlich rund drei Milliarden und Großbritannien mit etwa zwei Milliarden Euro Umsatz. Italien erreicht mit 1,5 Milliarden Euro Bio-Umsatz pro Jahr immerhin Rang vier. Noch keine nennenswerte Rolle spielen Bio-Produkte beispielsweise in Ost- und Südosteuropa. Trotzdem liegen die 27 EU-Länder insgesamt etwa gleichauf mit dem größten Bio-Markt der Welt, den Vereinigten Staaten, wo jährlich Bio-Lebensmittel im Wert von mehr als 17 Milliarden Euro konsumiert werden.⁶

Deutschland ist nicht nur größter Absatzmarkt, sondern auch größter Produzent von Bio-Produkten in Europa. Trotzdem hat der deutsche Bio-Handel im Wirtschaftsjahr 2009/2010 einen Großteil der abgesetzten Produkte, die auch von deutschen Erzeugern hätten produziert werden können, importiert. So wurden beispielsweise 50 Prozent der Äpfel, 48 Prozent der Möhren, 32 Prozent der Trinkmilch, 28 Prozent der Kartoffeln und 20 Prozent der Eier importiert. Bei Getreide waren es 15 Prozent. Die sehr hohen Importraten von Fruchtgemüse wie Tomaten (80 Prozent) und Paprika (90 Prozent) sind der ganzjährigen Nachfrage von Produkten, die in Deutschland nicht immer wachsen, geschuldet.⁷

... dennoch hohe Importraten

Um den Anteil der importierten Bioprodukte zu senken, müssen Anreize geschaffen werden, die heimische Produktion zu erhöhen. Ein Ansatz ist hier beispielsweise das Projekt »bio offensive«, das eine Gemeinschaftsaktion der Stiftung Ökologie & Landbau (SÖL) und dem Verband der Landwirtschaftskammern (VLK) ist. Begleitet wird die Initiative vom Deutschen Bauernverband und dem Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV). Im Jahr 2010 ließen bereits über 250 Landwirte das Marktpotenzial für ihren Betrieb überprüfen. Eine weitere Runde ist 2011 angelaufen: Erfahrene Fachberater analysieren individuell und präzise gemeinsam mit dem Betriebsleiter die Voraussetzungen des Betriebs für die Bioproduktion. Außerdem können direkte Kontakte zwischen den landwirtschaftlichen Erzeugern und Verarbeitern bzw. Handelsunternehmen geknüpft werden.⁸

Lebensmittelkandale 2011: Dioxin und EHEC

Im Jahr 2011 gab es zwei große Lebensmittelkrisen: Bei dem Dioxin-Skandal Anfang des Jahres wurden erhöhte Dioxin-Konzentrationen in Eiern und Futtermitteln festgestellt. Daraufhin wurden etwa 5 000 Betriebe vor allem in Niedersachsen vorsorglich gesperrt. Quelle der Verunreinigungen waren im Futtermittel eingesetzte isolierte Fettsäuren. Beim schleswig-holsteinischen Futtermittelhersteller Harles und Jentzsch waren offenbar monatelang und verbotenerweise Futterfette mit Industriefetten gemischt worden, was die Kontaminierung verursachte. Da der Einsatz isolierter Fettsäuren im Ökologischen Landbau nicht erlaubt ist und insbesondere jene Betriebe, die nach den Richtlinien eines der deutschen Öko-Verbände wirtschaften, grundsätzlich keine konventionellen Pflanzenöle beimengen dürfen, befand sich unter den gesperrten Höfen kein Bio-Betrieb. Kurzfristiger Effekt des Skandals war eine enorme Absatzsteigerung von ökologisch erzeugten Eiern, in deren Folge es mancherorts sogar zu Versorgungsengpässen kam. Die bioVista GmbH hat eine Studie erstellt, die die Auswirkungen dieses Skandals auf den Bio-Fachhandel im Detail untersucht.⁹

**Dioxinskandal:
kein Bio-Betrieb
betroffen**

Im Mai folgte dann die EHEC-Epidemie. Insbesondere letztere hielt die Republik wochenlang in Atem und hatte starke Umsatzeinbußen bei konventionellen und ökologischen Gemüsebetrieben zur Folge. Die EHEC-Krise war eine menschliche Tragödie, in deren Verlauf mehr als 50 Menschen starben und tausende Erkrankte stationär behandelt werden mussten. Der Versuch, die Quelle der Infektion ausfindig zu machen, entpuppte sich bald als die Suche nach der sprichwörtlichen Nadel im Heuhaufen: Erst Anfang Juni, Wochen nach dem Auftreten der ersten Krankheitsfälle, verdichteten sich die Hinweise, dass Sprossen von einem ökologisch wirtschaftenden Hof in Niedersachsen mit dem aggressiven EHEC-Keim kontaminiert gewesen sein sollen, der die Krankheitswelle ausgelöst hatte. Bis heute gibt es jedoch keinen eindeutigen Beweis, dass der Hof eine Quelle der EHEC-Epidemie war. Vieles deutet darauf hin, dass verunreinigte Bockshornklee-Samen aus Ägypten, die an den Sprossenbetrieb geliefert wurden, als Ursache in Frage kommen. Die Hofgemeinschaft hat wegen des EHEC-Verdachts massive Umsatzeinbußen zu verkraften. EHEC ist allerdings kein spezifisches Bio-Problem: Studien weisen im Gegenteil eher auf ein geringeres Vorkommen des Erregers in der ökologischen Tierhaltung hin. Zu Recht ist die EHEC-Krise auch in der öffentlichen Wahrnehmung nicht zu einer Bio-Krise geworden. In Mitleidenschaft gezogen wurden allerdings unzählige konventionelle und ökologische Gemüsebauern, da der Absatz insbesondere von Gurken, Tomaten und Salat nach Ausbruch der Epidemie drastisch zurückging. Die Europäische Union hat hierbei relativ schnell mit Entschädigungen gegengesteuert.

**EHEC:
kein spezifisches
Bio-Problem**

Die größten Einbußen bei der Nachfrage nach Gemüse erlebten die Discounter, die in der ersten Juni-Woche rund ein Drittel weniger Gemüse absetzten als im Vorjahr. Biogeschäfte profitierten dagegen vom großen Verbrauchervertrauen und der offensiven Informationspolitik und spürten die Kaufzurückhaltung erst, als Bioware in Verdacht geriet.¹⁰ Der Fachhandel für Naturkost konnte 2011 immense Wachstumsraten aufweisen: Im ersten Quartal gab es bereits ein überdurchschnittliches Umsatzwachstum von 14 Prozent, wobei die Hofläden davon am meisten profitierten – Konsumenten wenden sich in »skandalösen« Zeiten gern wieder an ihre regionalen Bauern. Auch das zweite Quartal 2011 schließt mit einer erfreulichen zweistelligen Wachstumsrate von circa 13 Prozent ab. Im Mai verursachte der EHEC-Skandal zwar einen Wachstumseinbruch von »nur« noch vier Prozent, im Juni betrug der Zuwachs aber 21 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Mit einem sehr guten Plus von elf Prozent setzte sich die positive Entwicklung auch im 3. Quartal fort. Von Januar bis September dieses Jahres hat sich der Umsatz des unabhängigen Fachhandels um fast 13 Prozent gegenüber dem Vorjahr erhöht – das Wachstum in diesem Zeitraum war doppelt so hoch wie 2010.¹¹

**Naturkostfachhandel:
immense
Wachstumsraten**

Forschung: wenn es ums Ganze geht

Unter dem Motto »Es geht ums Ganze: Forschen im Dialog von Wissenschaft und Praxis« fand vom 15. bis 18. März 2011 die 11. Wissenschaftstagung an der Justus-Liebig-Universität in Gießen mit etwa 300 Teilnehmern statt.¹² Im Rahmen der Schwerpunkte Pflanze und Boden, Tier, Ökolandbau und Umwelt, Produkte sowie Sozioökonomie boten etwa 37 Fachsektionen die Ge-

legenheit, die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse vorzustellen und zu diskutieren. Gemäß dem Tagungsmotto war die besondere Absicht der Veranstalter, einen intensiven Dialog von Wissenschaftlern und Praktikern zu führen. Die Wissenschaftstagung wurde Anfang der 1990er-Jahre von der SÖL initiiert und führt alle zwei Jahre Wissenschaftler, Berater und Praktiker zur Diskussion aktueller Fragestellungen in der Biolandbauforschung zusammen. Die nächste Tagung wird 2013 in Bonn stattfinden.

**Bundesprogramm
wird evaluiert ...**

Seit Anfang 2011 wird das Bundesprogramm Ökologischer Landbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft (BÖLN) evaluiert.¹³ Zum einen werden die Förderrichtlinien im Bereich Informationsmanagement einer umfassenden Bewertung unterzogen, wobei die Evaluierung eine fundierte Einschätzung ermöglichen soll, inwiefern die Richtlinien zur Erreichung des jeweiligen Förderziels beigetragen haben. Der Bericht von Agrifood Consulting GmbH und Rambøll Management Consulting GmbH soll im Februar 2012 vorliegen. Des Weiteren evaluiert die internationale Auftragnehmergemeinschaft Organic Research Evaluations (ORE) den Forschungs- und Entwicklungsbereich des Bundesprogramms.¹⁴ Im Fokus stehen dabei das Programm des BMELV zur Förderung von Forschungsvorhaben im Ökologischen Landbau und über 500 Forschungsprojekte, die seit 2005 gefördert wurden. Es soll insbesondere geklärt werden, inwieweit die Ergebnisse der bisherigen Projekte dazu beitragen, den Ökologischen Landbau in Deutschland zu stärken und dessen Marktanteile auszubauen. Die voraussichtlich im Juni 2012 zur Verfügung stehenden Ergebnisse der Evaluation sollen auch einer künftigen Optimierung der Forschungsförderung zugutekommen.

**...Forschung für
Ökolandbau nach wie
vor vernachlässigt**

Innerhalb der Agrarforschung wird der Ökolandbau jedoch vernachlässigt: Von den 58 Millionen Euro an Drittmitteln, die von den Agrarforschungsinstituten des Bundes in den vergangenen drei Jahren eingeworben wurden, standen für Forschungsprojekte im Rahmen des Ökolandbaus nur 120.000 Euro zur Verfügung.¹⁵ Demgegenüber möchte die Bundesregierung in den nächsten sechs Jahren im Rahmen ihrer Bioökonomiestrategie 2,4 Milliarden Euro »vordringlich in die Grüne Gentechnik« investieren. Die Ausstattung des Bundesprogramms Ökolandbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft fällt mit 16 Millionen Euro jährlich dagegen bescheiden aus. Diese Vernachlässigung des Ökolandbaus wird weder seiner wirtschaftlichen noch seiner gesellschaftlichen Bedeutung für Klima-, Umwelt- und Ressourcenschutz gerecht.

Networking: Zusammenschluss für eine starke Bio-Branche

Währenddessen schreitet die Vernetzung innerhalb der Öko-Branche weiter voran: Nach bereits intensiver Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren ist der Bundesverband Ökologischer Weinbau, ECOVIN, seit Mitte 2011 neues Mitglied im Dachverband der Bio-Branche, dem Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) und ergänzt diesen um die wichtige Stimme des Ökologischen Weinbaus. Damit sind jetzt alle überregionalen deutschen Bio-Anbauverbände unter dem Dach des Spitzenverbandes BÖLW, dem auch Verarbeiter und Händler angehören, zusammengeschlossen.

**Forschungsverbund
gestärkt**

Auch der Verbund Ökologische Praxisforschung (V.Ö.P) hat Zuwachs bekommen: Ein Jahr nach Gründung wurde der Demeter e.V. als neues Mitglied in die Organisation aufgenommen. Die fünf beteiligten Organisationen – Forschungsinstitut Biologischer Landbau (FiBL), SÖL, Bioland, Naturland und Demeter – wollen ihre Aktivitäten in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Wissenstransfer und Bildung eng miteinander verzahnen. Mit dieser vertrauensbildenden Maßnahme wurde eine stärkere kooperative Zusammenarbeit der Verbände eingeleitet.

Die Bio-Anbauverbände Biokreis, Biopark und Verbund Ökohöfe haben mit der Gründung der Bundesvereinigung Ökologischer Landbau (BVÖL) eine neue, gemeinsame Interessenvertretung von Bio-Bauern aus der Taufe gehoben.¹⁶ Ziel des Zusammenschlusses ist nach eigenen Angaben die Verbesserung von gesetzlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für ökologisch wirtschaftende Betriebe. Dabei müssen die strukturell bedingten unterschiedlichen Gegebenheiten zwischen »Ost« und »West« berücksichtigt werden, um Biobetriebe nicht gegen Biobetriebe und Regionen nicht gegen Regionen auszuspielen. Mit dieser Bündelung der Interessen will sich der neue Verband in den Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) und die International Federation of Organic Agricultural Movements (IFOAM) einbringen.

Bislang ist die Ausrichtung der neuen Bundesvereinigung jedoch noch unklar und es bleibt abzuwarten, wie sich die Arbeit und die Kooperationen gestalten werden.

Im Jahr 2011 machen die jungen Ökos mobil: Junge Bio- und Fairhandelsaktivisten aus der ganzen Welt haben den »Young Organics e.V.« gegründet, ein weltweites Aktionsbündnis. Bereits auf der BioFach 2011 trafen sich rund 120 junge Berufstätige unter der Schirmherrschaft der IFOAM, um Visionen und Strategien für die Entwicklung der Bio-, Fairtrade- und Nachhaltigkeitsbewegung in den nächsten Jahrzehnten zu diskutieren. Mission der Young Organics ist es, den nachhaltigen Lebensstil nach fairen und ökologischen Grundsätzen zu fördern, jungen gleichgesinnten Menschen eine Plattform zum Austausch zu bieten und diese dann mit einer Stimme zu präsentieren. Dazu nehmen die Mitglieder am internationalen Dialog und an politischer Entscheidungsfindung teil und organisieren – zum Teil über soziale Netzwerke wie Facebook – entsprechende Austauschgelegenheiten.

**Junge Ökos
machen mobil**

EU-Agrarpolitik: (nur) die Richtung stimmt

Die Erwartungen und Anforderungen an die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union ab 2014 sind enorm: Im Wesentlichen muss die Reform einen Umgestaltungsprozess hin zu einer umwelt- und sozialverträglichen Landwirtschaft in Europa einleiten, in welcher dem Ökolandbau als nachhaltigster Form der Landwirtschaft besondere Anerkennung und Förderung zuteil werden sollte. Nur wenn sich die Agrarförderung künftig an gesellschaftlichen Zielen wie Umweltfreundlichkeit, Tierschutz oder Klimaschutz messen lassen kann, ist der Umfang des Landwirtschaftsetats im europäischen Haushalt auch in der kommenden Förderperiode zu rechtfertigen. Im Oktober 2011 hat die EU-Agrarkommission ihre Legislativvorschläge zur Neuausrichtung der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik vorgelegt.¹⁷ Aus Sicht des Öko-Sektors stellen sie zwar einen guten Ansatz dar, die Umsetzung überzeugt jedoch noch nicht (siehe Kasten). Ein Systemwechsel hin zu einer umweltfreundlichen und bäuerlichen Landwirtschaft in Europa ist so nicht zu bewirken, denn außer durch die vorgeschlagenen sieben Prozent ökologische Vorrangflächen werden die Greening-Maßnahmen in der Ersten Säule keinerlei Effekt haben. Die dringend notwendige Verbesserung des Tierschutzes lässt die Reform denn auch ganz außen vor. Dass Direktzahlungen an die Landwirte künftig an die Einhaltung ökologischer und sozialer Kriterien gebunden sein werden, ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung, die dafür festgelegten Kriterien führen aber zu keiner nennenswerten Änderung der gegenwärtigen Praxis in der Landwirtschaft. So ist etwa die Vorgabe, nach der auf maximal 70 Prozent der Ackerflächen eine einzige Frucht stehen dürfte, völlig ungeeignet, den Trend der Ausbreitung von Monokulturen wie etwa Mais zu bremsen. Auch der Stichtag für das Umbruchverbot von Dauergrünland zum 1. Januar 2014 liegt viel zu spät.

**EU-Agrarreform:
Gute Ansätze ...**

**... wenig überzeugend
in der Umsetzung**

Jetzt sind EU-Parlament und die Mitgliedsstaaten gefordert, noch substanzielle Verbesserungen zu erreichen. Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner muss deshalb dafür sorgen, dass ihren Worten, wonach öffentliche Gelder für öffentliche Güter eingesetzt werden müssen, jetzt Taten folgen. Sinnvoll wäre beispielsweise, die Direktzahlungen an eine dreigliedrige Fruchtfolge zu binden, die den Anteil einer Frucht auf 50 Prozent begrenzt und einen Mindestanteil von zehn Prozent Leguminosen vorsieht.

Der Ökolandbau wird je nach Bundesland unterschiedlich gefördert. Die Förderhöhen unterscheiden sich teils drastisch, da die konkrete Ausgestaltung der Agrarförderung größtenteils Ländersache ist. Beim Gemüseanbau etwa variiert die Beibehaltungsprämie, je nach Land, zwischen 255 und 550 Euro pro Hektar. Nachdem bereits 2005/2006 wegen des absehbaren Endes der damaligen EU-Förderperiode eine unklare Übergangssituation entstand, in der viele Länder zwischenzeitlich die Umstellungsprämie einstellten, ist diese auch mit Auslaufen des aktuellen Förderzeitraums wieder umkämpft: So hat das Land Brandenburg die Umstellungsprämie vorerst gestoppt – obwohl das finanzielle Risiko für den Haushalt gering und die Nachfrage aus dem benachbarten Berlin schon heute kaum zu befriedigen ist. Die Länder Baden-Württemberg, Thüringen und Rheinland-Pfalz verfolgten zunächst ähnliche Pläne. Inzwischen hoben sie ihre Förderstopps aber wieder auf und unterstützen jetzt auch in der Übergangszeit bis zur neuen EU-Förderperiode ab 2014 die für eine umweltfreundliche Landwirtschaftsentwicklung so wichtige Umstellung auf den Ökologischen Landbau.

**Unklare
Übergangssituation
auf Länderebene**

Richtlinien: Öko-Wein & Bio-Futter müssen kommen

Die EU-Ökoverordnung wurde im Jahre 2011 an den Vertrag von Lissabon angepasst. Dieser billigt unter anderem dem europäischen Parlament größere Mitbestimmungsrechte zu. Den Änderungen entsprechend werden sich auch die Lobbymethoden der Bio-Branche wandeln müssen – es gilt, neue Mitgestaltungspfade einzuschlagen.

**In der Diskussion:
Kellereirichtlinie ...**

Wieder aufgenommen wurden Anfang Juli die Verhandlungen um eine Kellereirichtlinie, die im vergangenen Jahr an einer Kontroverse um die Schwefelung von Bio-Weinen gescheitert war. Der neue Entwurf sieht regional unterschiedliche Schwefelgrenzwerte vor und weist somit den Weg in Richtung eines Kompromisses, mit dem auch die nördlicheren Anbauländer leben könnten. Grundsätzlich ist die baldige Verabschiedung der Kellereirichtlinie wünschenswert, damit endlich Rechtssicherheit über die Herstellung von Bio-Weinen besteht.

**... und Zukunft der
Bio-Fütterung**

Diskussionen finden derzeit auch über die Zukunft der Bio-Fütterung statt: Die Kommission möchte die Regeln zur Herkunft des Futtermittels verschärfen, um die Versorgung stärker zu regionalisieren. Obschon dieses Ansinnen grundsätzlich begrüßenswert ist, so sind die vorgeschlagenen Änderungen doch zu weitgehend und würden einige Betriebe überfordern. Ursprünglich plante die Kommission außerdem ein Ende des Zukaufs konventioneller Futterkomponenten für Monogastrier zum Jahresende. Ökologische Eiweißkomponenten sind allerdings noch nicht in ausreichender Menge verfügbar; und sogar der mit dem aktuellen Kommissionsentwurf vorgelegte Kompromissvorschlag ist nicht weitgehend genug, um die Eiweißversorgung der Tiere auch künftig sicherzustellen. Weitere Diskussionen bleiben also notwendig.

Gentechnik: Petition bringt Hoffnung

**Nulltoleranz für
Futtermittel gekippt**

Im Bereich der Agro-Gentechnik, deren Risiken weiterhin nur unzureichend erforscht sind, hat es im vergangenen Jahr zwei wesentliche gesetzliche Veränderungen auf europäischer Ebene gegeben: Zum einen wurde die bislang geltende Nulltoleranz für nicht zugelassene GVO-Konstrukte in Futtermitteln zum 1. August 2011 gekippt, zweitens wurde den Mitgliedsstaaten der EU erstmals die Möglichkeit eingeräumt, nationale Anbauverbote für gentechnisch ver-

Alexander Gerber

Nachbessern erforderlich

Die Vorschläge zur EU-Agrarreform aus der Sicht des Ökolandbaus

Ökolandbau ist nachgewiesenermaßen am besten geeignet, die multifunktionalen Ziele einer nachhaltigen Landwirtschaft zu erreichen. Stickstoff muss nicht energieaufwändig hergestellt werden, sondern wird von Leguminosen aus der Luft geholt. Tiere werden flächengebunden gehalten. Nährstoffe sind damit knapp, oberstes Ziel ist, ihre Verluste zu minimieren. Ein unter diesen Restriktionen erreichtes hohes Ertragsniveau ist Ausdruck der effizientesten und umweltfreundlichsten Form der Landwirtschaft. Dort wo Ökolandbau betrieben wird, steigt die Wertschöpfung im ländlichen Raum um ein Drittel. Dies macht deutlich: Die Frage, welchen Stellenwert die Agrarpolitik dem Ökolandbau beimisst, wird nicht aus der Perspektive einer Klientelpolitik für Öko-Landwirte gestellt. Es geht darum, wie wir die Herausforderungen meistern,

dauerhaft Landwirtschaft betreiben zu können. Die Voraussetzung dafür ist, dass immer mehr Landwirte auf Ökolandbau umstellen und alle – bestehende und neue Betriebe – wirtschaftlich arbeiten können. Dafür müssen die politischen Rahmenbedingungen stimmen. Was bieten nun die aktuellen EU-Vorschläge?

Die gute Nachricht: Wer ökologisch wirtschaftet, hätte die geplanten »Greening-Auflagen« der Ersten Säule bereits erfüllt. Damit erkennt die Politik an, dass der Ökolandbau die Fruchtfolge-Regelungen sowieso erfüllt und vergleichbare ökologische Leistungen, wie sie auf Vorrangflächen erreicht werden sollen, im Ganzen bereits erbringt. Für Öko-Betriebe, die bereits einem engen Kontrollregime unterliegen, wird damit der Verwaltungsaufwand erheblich vereinfacht. Alle anderen Regelungen gehen aber längst nicht weit ►

änderte Pflanzen aufgrund von Umweltrisiken oder aus sozio-ökonomischen Erwägungen zu beschließen.

Seit September 2009 wurde keine Soja-Lieferung mehr aufgrund von Verunreinigungen mit nicht zugelassenen GVO-Konstrukten beanstandet, dennoch hat die Europäische Union im Februar die Nulltoleranz bei Futtermitteln gekippt und damit das Tor für eine schleichende Kontaminierung der Landwirtschaft mit gentechnisch veränderten Konstrukten weit geöffnet. Die Entscheidung wurde vor dem Hintergrund eines angeblichen, tatsächlich aber nicht vorhandenen Futtermittelmangels beschlossen, den die Industrie heraufbeschworen hatte. Eine ähnliche Initiative im Deutschen Bundesrat, die eine Aufweichung der Nulltoleranz-Regelung beim Saatgut vorsah, konnte verhindert werden – nicht zuletzt dank erfolgreicher gesellschaftlicher Proteste.

Die Entscheidung des Europäischen Parlamentes, den Mitgliedsstaaten nationale Gentechnik-Anbauverbote zu ermöglichen, ist dagegen ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung: Bisher konnten die EU-Länder nur vorübergehend und unter Berufung auf »neue wissenschaftliche Erkenntnisse« hinsichtlich gesundheitlicher und ökologischer Risiken Anbauverbote für GV-Pflanzen erlassen – jetzt werden zeitlich unbefristete Anbauverbote auf nationaler Ebene möglich, die mit Umweltrisiken oder sozio-ökonomischen Bedenken begründet werden dürfen. Künftig wird die Entscheidung über den GVO-Anbau in der EU endlich auf Grundlage der Umweltgesetzgebung und nicht mehr der Binnenmarktgesetzgebung erfolgen!

Während im Zuge der politischen Diskussion also höchst unterschiedliche Entwicklungen einsetzen, die bisweilen begrüßenswert, manchmal aber auch unerfreulich sind, lehnen die europäischen Bürger die Agro-Gentechnik mehrheitlich ab: Laut Eurobarometer sprechen sich über 60 Prozent der Europäer gegen Gentechnik im Essen aus. Dieses Bild wird auch durch einen Blick auf den anhaltenden gesellschaftlichen Protest für eine gentechnikfreie und umweltverträgliche Landwirtschaft bestätigt. Die ökologische Landbaubewegung in Deutschland ist hier außerordentlich engagiert und hat in den vergangenen Monaten einige bemerkenswerte Aktionen auf den Weg gebracht: Bio-Pionier und Rapunzel-Vorstand Georg Wilhelm absolvierte erstmals im Jahre 2007 einen mehr als 1 200 Kilometer langen Marsch von Lübeck nach Lindau unter dem Motto »Genfrei gehen«, 2009 führte dieser Anti-Gentechnik-Lauf dann von

**Nulltoleranz
bei Saatgut bleibt**

**Anbauverbote auf
nationaler
Ebene möglich**

genug, um eine Lenkungsfunction hin zu mehr Ökolandbau zu erreichen. Dafür müsste aus Sicht des Ökolandbaus Folgendes umgesetzt werden:

- Die Mittel für die Zweite Säule müssen mindestens 50 Prozent aller EU-Agrarmittel umfassen.
- Wiederum 50 Prozent der Mittel der Zweiten Säule (also mindestens ein Viertel der Gesamtmittel) müssen zwingend für Agrarumweltprogramme vorgesehen werden, damit genügend Mittel vorhanden sind, die Umstellung auf und die Beibehaltung des Ökolandbaus fördern zu können.
- Ökolandbau muss ein verpflichtender Teil der Agrarumweltprogramme sein, die EU muss diese Maßnahme mit 80 Prozent kofinanzieren.
- Ökolandbau muss fester Bestandteil in Programmen zur ländlichen Entwicklung sein, wie der Förderung von Beratung, Investitionen oder Erzeugergemeinschaften. Entsprechende von Öko-Betrieben in Anspruch genommene Maßnahmen sollten dabei 20 Prozent höher gefördert werden.

Für einen wirklichen Schritt in Richtung einer umweltfreundlicheren Landwirtschaft müssen weitere Kernforderungen im Rahmen des »Greening« umgesetzt werden: Es muss ein Anteil Leguminosen von mindestens zehn Prozent in der Fruchtfolge festgeschrieben werden. Die Fruchtfolge muss zudem mindestens dreifeldrig mit einem maximalen Anteil einer Frucht von 50 Prozent sein. Überhaupt noch Verbesserungen in diese Richtung zu erzielen, wird eine große Herausforderung unserer politischen Arbeit in den nächsten Monaten sein. Grundsätzlich muss das Ziel sein, dass Zahlungen an die Landwirte nur noch für konkret erbrachte gesellschaftliche bzw. Umweltleistungen erfolgen.¹⁸

Dr. Alexander Gerber

Geschäftsführer des Bundes Ökologische
Lebensmittelwirtschaft (BÖLW)
Marienstr. 19–20, 10117 Berlin
E-Mail: gerber@boelw.de
www.boelw.de

**Europäisches
Zulassungsverfahren
in der Kritik**

Berlin nach Brüssel. Nachdem Wilhelm und seine Unterstützer während beider Märsche insgesamt fast 130 000 Unterschriften für eine gentechnikfreie Landwirtschaft sammeln konnten, exportierte Rapunzel die erfolgreiche Aktionsidee im Jahre 2011 in die USA: Im Oktober fand ein gut zwei Wochen langer Marsch von New York nach Washington D. C. statt. Mit der Aktion wurde einerseits gestritten für die Einführung einer Kennzeichnung von tierischen Produkten in Deutschland, die unter dem Einsatz von gentechnisch veränderten Futtermittel hergestellt werden, andererseits die Forderung nach einer grundsätzlichen Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln in den USA unterstützt.

Ein noch immer bestehendes Problemfeld ist das europäische Zulassungsverfahren von Gentechnik-Pflanzen: Gesundheitliche, sozio-ökonomische und ökologische Risiken werden von der zuständigen Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) nur mangelhaft geprüft. Sogar die EU-Umweltminister und das Europäische Parlament halten das Verfahren für unzureichend. Felix Prinz zu Löwenstein, Vorstandsvorsitzender des Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft, hatte daher im März eine Petition im Deutschen Bundestag eingereicht, die im Kern einen sofortigen Zulassungsstopp von gentechnisch veränderten Pflanzen in Europa fordert.¹⁹ Die Petition, die von zahlreichen Verbänden und Organisationen unterstützt wurde, war sensationell erfolgreich und gewann innerhalb von sechs Wochen mehr als 100 000 Mitzeichner. Da sie nach drei Wochen bereits problemlos über 50 000 Unterstützer gefunden hatte, konnte sie in einer öffentlichen Anhörung des Petitionsausschusses am 26. September 2011 vom Petenten vorgestellt werden. Flankiert wurde die Sitzung von der Veröffentlichung einer im Auftrag des BÖLW erstellten Studie, welche die Lücken im Zulassungssystem offenbart. Eine Entscheidung steht noch aus.

**100 000 Bürger
fordern sofortigen
Zulassungsstopp**

Tatkräftig unterstützt wurde die Petition auch von der Initiative »Vielfalterleben«, die in den Tagen unmittelbar vor der öffentlichen Anhörung in vielfältiger Weise auf diese aufmerksam machte, sich vor allem aber in den Monaten zuvor mit einer eigenen Unterschriftenaktion online und auf den Straßen sowie in vielen Supermärkten eindrucksvoll für eine gentechnikfreie Landwirtschaft engagierte. Bis dato hat auch diese Initiative über 100 000 Unterstützer finden können. All das zeigt: Die Menschen wollen und brauchen keine Gentechnik auf Äckern und Tellern, sondern eine vielfältige und umweltfreundliche Landwirtschaft, in der gesunde und qualitativ hochwertige Lebensmittel erzeugt werden!

Themen für 2012: Nachhaltigkeit & Regionalität

Im Jahr 2011 wurde irgendwo auf der Welt der siebenmilliardste Erdenbürger geboren. Die Herausforderung, die rasant wachsende Weltbevölkerung zu ernähren, nimmt kontinuierlich zu. Der Ökologische Landbau muss sich neu orientieren, um den wachsenden Anforderungen sowohl ökonomisch als auch ökologisch gerecht zu werden. Der Markt für Öko-Produkte wächst schneller als die Umstellung von landwirtschaftlichen Betrieben auf Öko-Anbau. Die Produktivität des Ökolandbaus zu steigern ist notwendig und muss mit einer Ausweitung des Flächenanteils einhergehen. Auch ist der Aspekt der Nachhaltigkeit besonders wichtig. Allerdings zeichnet sich hier ab, dass andere dieses Themenfeld für sich entdecken. Die Branche muss sich daher die Frage stellen: Wie geht sie damit um, dass andere Gruppierungen und Unternehmen außerhalb des Biolandbaus für die Bereiche Nachhaltigkeit, aber auch Regionalität Definitionen entwickeln und sich damit profilieren wollen? So wird derzeit daran gearbeitet, Kriterien für ein Siegel zu entwickeln, mit dem Produkte »aus der Region« gekennzeichnet werden können. Diese Entwicklungen darf der Ökosektor nicht an sich vorbeiziehen lassen, sondern muss einmal mehr zeigen, dass dies seine ureigensten Themen sind, in denen er Vorreiter ist.

Ökosektor gefordert

Anmerkungen

- 1 Rat für Nachhaltige Entwicklung: RNE veröffentlicht Empfehlung zu Ökolandbau und Agrarpolitik. Pressemeldung vom 11. August 2011 (Download: www.nachhaltigkeitsrat.de/news-nachhaltigkeit/2011/2011-07-28/rne-veroeffentlicht-empfehlung-zu-oekolandbau-und-agrarpolitik/).
- 2 Rat für Nachhaltige Entwicklung: Gold-Standard Ökolandbau: Für eine nachhaltige Gestaltung der Agrarwende. Empfehlungen des Rates für Nachhaltige Entwicklung vom 11. Juli 2011 (Download: www.nachhaltigkeitsrat.de/dokumente/empfehlungen/texte-nr-40-jul-2011).
- 3 C. Behm: Ökologischer Landbau: Bundesregierung ignoriert Nachhaltigkeitsrat. Pressemitteilung vom 14. September 2011 (Download: www.cornelia-behm.de/cms/presse/dok/390/390587.oekologischer_landbau_bundesregierung_ig.html).
- 4 BMELV: Ökologischer Landbau in Deutschland weiter auf Wachstumskurs. Pressemitteilung vom 22. Juni 2011 (Download: www.bmelv.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/2011/124-Oekolandbau-Deutschland.html?searchArchive=o&cl2Categories_Themen=LandwirtschaftLaendlicheRaume&submit=Suchen&monat=juni&jahr=2011&searchIssued=1).
- 5 BMELV: Ökologischer Landbau in Deutschland (Download: www.bmelv.de/SharedDocs/Standardartikel/Landwirtschaft/Oekolandbau/OekologischerLandbauDeutschland.html).
- 6 M. Sahota: Global Organic Food & Drink Market 2011. Präsentation auf der BioFach (Download: www.fibl.org/fileadmin/documents/en/news/2011/sahota-2011-biofach-market.pdf, siehe auch www.lebensmittelp Praxis.de/component/content/article/3206-wachstum-international.html?cpon=1).
- 7 Das sind Ergebnisse aus einer Importeursbefragung in Deutschland, Produktionsdatenanalysen in den wichtigsten Lieferländern, Außenhandelsstatistik einiger Unternehmen und GfK-Paneldatenauswertung im Projekt 09OE065 »Analyse der Entwicklung des ausländischen Angebots bei Bioprodukten mit Relevanz für den deutschen Bio-Markt«, das im Bundesprogramm Ökologischer Landbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft gefördert wurde.
- 8 www.bio-offensive.de.
- 9 bioVista GmbH: Auswirkungen des Dioxin-Skandals 2010/2011 auf den deutschen Bio-Fachhandel. Analysen und Thesen anhand des bioVista Handlenspanels. Ettlingen 2011 (www.biovist.de).
- 10 K. Kreuzer: GfK-Analyse zu Auswirkungen der EHEC-Krise (2011). (Download: <http://oneco.biofach.de/de/news/?focus=23dbc4df-def5-49e6-930a-542314897119>).
- 11 H. Hartmann: wob-fachhandelsbarometer-naturkost, Quartale 1, 2 und 3 2011 (Download: www.wob-hartmann.de/Information.4.o.html).
- 12 M. Yusefi-Menzler: Wissenschaftstagung Ökologischer Landbau 2011. Praxis, Beratung, Wissenschaft: Gelebter Dialog. In: Ökologie & Landbau Nr. 158, S. 55–56.
- 13 BÖLN: Bundesprogramm Ökologischer Landbau. Die zweite Evaluierung 2011/2012. (Download: www.bundesprogramm.de/das-programm/evaluierung). Siehe auch: ICROFS (2011): Terms of Reference für Gutachter in der Evaluation des BÖLN (Download: www.icrofs.org/pdf/2011_Gutachterauf_ruf_Evaluation_BoLN_ToR_final.pdf).
- 14 Die ORE besteht aus den deutschsprachigen Kooperationspartnern InterVal GmbH (Berlin), Organic Research Centre (Elm Farm Großbritannien) und Hochschule für nachhaltige Entwicklung (FH) (Eberswalde).
- 15 C. Behm: Bundesregierung setzt Kampf gegen Ökolandbau weiter fort. Kleine Anfrage belegt systematische Benachteiligung mit Zahlen. Pressemitteilung der Bundestagsabgeordneten Cornelia Behm vom 15. Juni 2011 (Download: www.cornelia-behm.de/cms/presse/dok/383/383775.bundesregierung_setzt_kampf_gegen_oekola.html).
- 16 Biokreis: Bio-Anbauverbände heben neue Interessenvertretung aus der Taufe. Pressemitteilung vom 13. Oktober 2011 (Download: www.biokreis.de/images/archiv/pdf_pm/meldung_o89.pdf).
- 17 <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1181&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
- 18 Eine längere Fassung dieses Beitrags von Alexander Gerber erscheint in der Lebendigen Erde Nr. 1/2012.
- 19 BÖLW (2011): Petition unterstützen – Gentechnik-anbau stoppen! (Download: www.boelw.de/petition-gentechnik.html).



Minou Yusefi-Menzler
Stiftung Ökologie & Landbau

Weinstr. Süd 51, 67098 Bad Dürkheim
E-Mail: menzler@soel.de
www.soel.de



Benjamin Thober
Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW)

BÖLW e.V.
Marienstr. 19–20, 10117 Berlin
E-Mail: benjamin@thober.de
www.boelw.de